

lativ bescheiden zu sein. Ist er es doch gewohnt, zumindest als "Sonne der Menschheit" und "größter Revolutionär der Geschichte" bezeichnet zu werden.

-ma-

SÜDPAZIFIK

(10) Solomon-Inseln

Anfang April besuchte der Außen- und Außenhandelsminister des südpazifischen Inselkleinstaates Solomon-Inseln die VR China. Neben Gesprächen mit dem chinesischen Außenminister Huang Hua wurde er auch von Zhao Ziyang empfangen, der eine Einladung für den solomonischen Ministerpräsidenten Solomon Mamaloni aussprach. Die Gespräche zwischen den chinesischen Repräsentanten und dem südpazifischen Außenminister konzentrierten sich vor allem auf bilaterale und südpazifische Angelegenheiten, wobei die chinesische Seite betonte, sie würde sich für die Erhaltung des Friedens in dieser Region einsetzen. (XNA, 6. und 8.4.1982)

-ma-

INNENPOLITIK

(11) ZK-Abteilungen erhalten neue Chefs

Im Rahmen der gegenwärtig laufenden Reorganisation wurden im April 1982 auch drei Abteilungen des ZK der KP Chinas erfaßt. Neuer Direktor der Propaganda-Abteilung wurde Deng Liqun, vor der Kulturrevolution stellvertretender Chefredakteur von Hongqi, seit 1978 Vizepräsident der Akademie für Sozialwissenschaften und seit 1981 stellvertretender Direktor des Allgemeinen Amtes im ZK der KPCh. Deng, ein erfahrener Propagandafunktionär, löst das ZK-Mitglied Wang Renzhong ab, der dieses Amt nur zwei Jahre bekleidet hatte, nachdem er zuvor von 1978 bis 1980 in einer bewegten Karriere 1. Parteisekretär der Provinz Shaanxi, stellvertretender Ministerpräsident und Minister der Landwirtschafts-Kommission gewesen war. Das einzige Amt, das Wang jetzt noch bekleidet, ist das eines Mitglieds des Sekretariats im ZK der KPCh.

Qiao Shi wurde als neuer Direktor der Abteilung für Internationale Beziehungen eingesetzt, deren stellvertretender Direktor er seit 1978 gewesen war. Er ist ein relativ unbekannter Mann, dessen einziger Posten vor der Kulturrevolution der eines Sekretärs im Afro-Asiatischen Solidaritäts-Komitee gewesen war. Qiao löste das ZK-Mitglied Ji Pengfei ab, der in Personalunion das Amt eines stellvertretenden Ministerpräsidenten bekleidete (seit 4.5.1982 Staatskommissar des Staatsrates). - Als neuer stellvertretender Direktor der Abteilung konnte überdies Qian Liren erkannt werden, ein Kader des Jugend-Verbandes vor der Kulturrevolution, 1974 reaktiviert und danach von 1978 bis 1981 Ständiger Delegierter der VR China bei der UNESCO. - Von Februar bis April d.J. wurden schließlich fünf stellvertretende Direktoren der Abteilung zu deren Beratern umbenannt.

Neuer Direktor der Abteilung Einheitsfrontarbeit wurde ZK-Mitglied Yang Jingren, zuvor deren Vizedirektor, der der Minorität der Hui (Moslems) angehört. Vor der Kulturrevolution war er 1. Parteisekretär der Autonomen Region Ningxia. Reaktiviert 1977 war er danach stellvertretender KP-Sekretär in Ningxia, seit 1978 Minister für Minderheiten-Angelegenheiten (ein Posten, den er möglicherweise in Personalunion weiterhin bekleidet) und von 1980 bis 1982 überdies stellvertretender Ministerpräsident. Yang löst das Politbüromitglied Ulanhu ab, der außerhalb der Partei jetzt lediglich noch das Amt eines stellvertretenden Vorsitzenden des NVK bekleidet.

Zur personellen Untergliederung der drei Abteilungen siehe "The Main Leadership of the PR China" im Teil "Official Activities" am Ende dieses Heftes.

-ba-

(12) Partei- und Regierungsbeschuß über die Bekämpfung schwerwiegender Wirtschaftsdelikte

Angesichts der unter Partei- und Regierungsfunktionären weitverbreiteten Wirtschaftskriminalität faßten das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas und der Staatsrat der Volksrepublik China am 13. April 1982 einen "Beschuß über die Bekämpfung schwerwiegender Wirtschaftsdelikte" (RMRB, 14.4.82). In dem 8-Punkte-Beschluß der Partei- und Staatsführung wird mehrfach betont, daß es vor allem darum ginge, besonders schwere Fälle von Wirtschaftskriminalität aufzudecken und sowohl parteiintern als auch strafrechtlich zu verfolgen. Offenbar will die chinesische Führung mit diesem Beschluß erreichen, daß auch einige hohe Funktionäre, die in Wirtschaftsvergehen verwickelt sind, bestraft werden. Damit würde gegenüber der Bevölkerung bewiesen werden, daß es die Parteiführung ernst meint mit der "Verbesserung des Arbeitsstils der Partei" und daß dem breit propagierten Kampf gegen die Wirtschaftskriminalität nicht nur die "kleinen Fische" zum Opfer fallen sollen. Zwei Berichten der Hongkonger Zeitschrift Zhengming zufolge sollen sogar einige Kabinettsmitglieder und stellvertretende Minister sowie eine ganze Reihe von Kindern hoher Funktionäre in Bestechungs- und Betrugsaffären verwickelt sein. Erneut fiel der Name des 1. stellvertretenden KPCh-Vorsitzenden und de-facto-Staatsoberhaupts Ye Jianying: Einige seiner Familienangehörigen sollen an schwerwiegenden Wirtschaftsvergehen beteiligt gewesen sein. (Zhengming, Nr. 55, 1.5.82, S. 8-9) Auch ein Sohn des Ministerpräsidenten Zhao Ziyang soll an den Gewinnen eines kürzlich aufgefolgerten Betrugsunternehmens beteiligt gewesen sein. (Ebd., S. 11-12; vgl. RMRB, 17.4.82, S. 1)

1. In Punkt 1 des Beschlusses wird darauf verwiesen, daß die Partei- und Regierungsführung seit Beginn dieses Jahres mehrere Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität unternommen hat:

- Im Januar 1982 verbreitete das Zentralkomitee eine "dringende Mitteilung" zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität.

- Im Februar 1982 hielt das ZK eine Konferenz der beiden Provinzen Guangdong und Fujian zu diesem Thema ab und setzte die Zusammenfassung der Konferenzergebnisse mit einer Stellungnahme in Umlauf.

- Im März 1982 faßte der Ständige Ausschuß des V.NVK auf seiner 22. Sitzung den Beschluß über die strengere Bestrafung von Wirtschaftsverbrechen und entsprechende Ergänzungen des Strafgesetzbuches. (Siehe C.a., März 1982, S. 158-159)

2. Dem Beschluß zufolge hat sich die Zahl der schwerwiegenden Fälle von Wirtschaftskriminalität in den letzten zwei bis drei Jahren "deutlich erhöht". In einigen Gebieten und unter einem bestimmten Personenkreis seien schwere Wirtschaftsdelikte sogar sehr verbreitet. Dabei handele es sich vor allem um Schmuggel, Schwarzmarkthandel, Unterschlagung, Bestechung, Spekulationsgeschäfte, Betrug sowie um Diebstahl von Staats- und Kollektiveigentum. Sehr oft würden diese Delikte von Mitarbeitern der Staatsorgane und von Angestellten der staatlichen Betriebe und Institutionen in Zusammenarbeit mit anderen Gesetzesbrechern begangen. Teilweise geschehe dies sogar unter dem Deckmantel des Staates und des Kollektivs, und bisweilen würden diese Wirtschaftsverbrechen von gewissen Führungskadern gedeckt. Die Beteiligung von Funktionären an Wirtschaftsverbrechen sei heute wesentlich schwerwiegender als zur Zeit der "Drei-Anti-Bewegung" (gegen Unterschlagung, Verschwendung und Bürokratismus in den Staatsorganen) im Jahre 1952. Dadurch werde das Ansehen der Partei, der Regierung, der Armee und des Staates geschädigt, und wenn sich die Wirtschaftskriminalität in der Weise wie bisher entwickle, werde dies die Existenz des sozialistischen Systems in China in sehr großem Maße bedrohen. Deshalb sei die Bekämpfung schwerer Wirtschaftsverbrechen "ein wichtiger Aspekt des Klassenkampfes auf dem Wirtschaftssektor". Dieser Kampf, der unter den KPCh-Mitgliedern und den Angestellten des Staates ausgefochten werden müsse, richte sich gegen die Degenerierung und für die kommunistische Reinheit der Kader.

3. Nach Auffassung der Partei- und Staatsführung sollen besonders schwere Fälle von Wirtschaftskriminalität vorrangig verfolgt werden. Dies gilt vor allem für jene Delikte, die von Funktionären begangen wurden. Bei der Untersuchung und Bestrafung von Kadern dürfe auf die Stellung der Täter keinerlei Rücksicht genommen werden, und kein Schuldiger dürfe seiner Bestrafung entgehen. Hingegen sei es verboten, den Kampf gegen die Wirtschaftskriminalität auf die Masse der Werktätigen auszuweiten. Auf gar keinen Fall dürfe eine Massenbewegung entfaltet werden.

4. Bei der Bestrafung von Wirtschaftsverbrechern soll strikt nach dem Beschluß des Ständigen Ausschusses des V.NVK über die strengere Bestrafung von Wirtschaftsdelikten und den entsprechenden Ergänzungen des Strafgesetzbuches vom 8. März 1982 verfahren werden (Siehe C.a., März 1982, S. 158-159).

5. Dem 8-Punkte-Beschluß zufolge wird

die Politik der Öffnung gegenüber dem Ausland und der Belegung der Binnenwirtschaft durch den Kampf gegen schwerwiegende Wirtschaftsdelikte weder geändert noch beeinflusst. Vielmehr könnten diese beiden politischen Maßnahmen ohne Schwierigkeiten gleichzeitig durchgesetzt werden. China werde fest entschlossen an der Politik der wirtschaftlichen Öffnung gegenüber dem Ausland festhalten. Bei der Durchsetzung dieser Politik und der Belegung der Wirtschaft im Inland sei es jedoch prinzipiell notwendig, sich hauptsächlich auf die Planwirtschaft und nur ergänzend auf die regulierende Funktion des Marktes zu stützen. Alle wichtigen wirtschaftlichen Aktivitäten müßten in den Staatsplan eingegliedert werden. Die einheitliche Führung der wirtschaftlichen Aktivitäten mit dem Ausland müsse verstärkt werden. Die Devisenkontrolle müsse verschärft und der vom Staat einheitlich festgesetzte Wechselkurs müsse strikt eingehalten werden. Schwarzhandel mit Devisen sei streng verboten. Wirtschaftliche Aktivitäten mit dem Ausland müßten auf die vom Staat ermächtigten Einheiten beschränkt und in Übereinstimmung mit den vom Staat festgelegten Prinzipien und Verfahren durchgeführt werden. Allen anderen Einheiten und Individuen sei es streng verboten, solche Aktivitäten, mit welcher Argumentation und in welcher Form auch immer, zu unternehmen.

6. In Punkt 6 des Beschlusses wird noch einmal betont, daß an der Politik der Belegung der Volkswirtschaft festgehalten werden muß. Die Kollektiv- und Einzelwirtschaft müsse weiterentwickelt werden, solange die absolute Überlegenheit der Wirtschaft im sozialistischen Gemeineigentum gewährleistet sei. Unter der Voraussetzung, daß die führende Rolle der Planwirtschaft nicht angetastet werde, sollten den lokalen Ebenen mehr wirtschaftliche Befugnisse eingeräumt und das Selbstbestimmungsrecht der Betriebe erweitert werden. Die Einführung und Verbesserung wirtschaftlicher Verantwortungssysteme in Industrie und Landwirtschaft sei fortzusetzen. Kleinere Wirtschaftsdelikte sollten nicht besonders bestraft, sondern in Zukunft mit Hilfe von noch auszuarbeitenden Vorschriften über die Verwaltung von Industrie und Handel, durch bessere Methoden beim staatlichen An- und Verkauf und mit Hilfe einer Verbesserung des Marktwesens behandelt bzw. verhindert werden.

7. Nach Ansicht der Partei- und Regierungsführung stellt die Bekämpfung schwerer Wirtschaftsverbrechen eine der effektivsten Maßnahmen zur Verbesserung des Arbeitsstils der Partei dar. Alle Parteimitglieder, die schwere Wirtschaftsdelikte begangen hätten, müßten gesetzlich bestraft, von ihren Posten entlassen und aus der Partei ausgeschlossen werden. Parteimitglieder, die den Kampf gegen die Wirtschaftskriminalität nicht aktiv unterstützten, seien nicht geeignet, weiterhin der KPCh anzugehören oder gar einen Führungsposten einzunehmen. Jene Partei- und Regierungsorgane sowie Betriebe und Institutionen, die schwerwiegende ideologische, politische und personelle Mängel aufwiesen, müßten von den übergeordneten Stellen ausgerichtet, neu organisiert oder gänzlich aufgelöst werden. Innerhalb der Partei müsse insbesondere gegen-

über den Kadern der mittleren Ebenen und ihren Familienangehörigen die Erziehung in kommunistischer Ideologie und hinsichtlich des sozialistischen Rechtssystems verstärkt werden. Die strikte Einhaltung der Parteidisziplin müsse schärfer überwacht werden.

8. Im letzten Punkt des Beschlusses des ZK und des Staatsrats wird betont, daß der Kampf gegen schwere Wirtschaftsverbrechen eine langwierige Aufgabe für die gesamte Partei darstellt. Von nun an sollten die Parteikomitees und Regierungen auf Provinzebene eine Reihe von schwerwiegenden Fällen aufgreifen und vollständig aufklären. Zur Abschreckung und Erziehung solle wie bisher über strafrechtlich bereits abgeschlossene Fälle öffentlich berichtet und die politisch-ideologische Arbeit verstärkt werden. Aktivisten im Kampf gegen die Wirtschaftskriminalität seien zu unterstützen und als Modelle zu propagieren. Die Parteikomitees und Regierungen auf Provinzebene sowie die zentralen Partei-, Regierungs- und Armeeeorgane müßten in diesem Jahr dem ZK, dem Staatsrat und der ZK-Disziplin-Kontrollkommission allmonatlich Bericht erstatten über den Fortgang der Arbeit im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität. Die Disziplin-Kontrollkommissionen aller Ebenen sollten mit den konkreten Aufgaben der Bekämpfung von Wirtschaftsverbrechen betraut werden und für alle Fragen im Zusammenhang mit der Parteidisziplin zuständig sein. Für die strafrechtliche Verfolgung von Wirtschaftsdelikten seien die Justizorgane zuständig.

Aus dem Beschluß des Zentralkomitees und des Staatsrats über die Bekämpfung schwerwiegender Wirtschaftsdelikte wird erneut ersichtlich, daß Partei- und Regierungsfunktionäre die Mehrheit der Wirtschaftsverbrecher ausmachen. Darüber hinaus wird aus diesem Beschluß deutlich, daß die eigentlichen Ursachen für die unter den Kadern weit verbreitete Wirtschaftskriminalität nicht in der wirtschaftlichen Öffnung gegenüber dem Ausland zu suchen sind, sondern in einem Gesellschaftssystem, das bisher nur unzureichende Möglichkeiten vorsieht, die politische und wirtschaftliche Führung effektiv zu kontrollieren. Schließlich dokumentiert dieser Beschluß die Geschlossenheit der politischen Kräfte um Deng Xiaoping, das stark angeschlagene Ansehen der Partei und damit auch ihre eigene Position zu verbessern. -sch-

(13) Volkszeitung befürwortet Schutz der nationalen Industrie

In einem Editorial vom 24. April 1982 spricht sich die Volkszeitung für den Schutz und die Ausweitung der nationalen Industrie aus. Die Importe von Fernsehgeräten, Kassettenrekordern und Armbanduhren aus dem Ausland hätten die Umsätze aus der einheimischen Produktion zurückgehen lassen.

Die Politik der Öffnung des heimischen Marktes für ausländische Produkte sei eine grundlegende politische Maßnahme. Weder wäre es nötig noch möglich für das Land, die Modernisierung hinter Handelsbarrieren durchzuführen.

Es gebe viele Möglichkeiten Kontakte mit dem Ausland zu knüpfen und auszuweiten. China solle, so die Volkszeitung, moderne Ausrüstungen importieren und jene Importwaren kontrollieren, die auch im eigenen Land hergestellt werden können. Als Beispiel für die Leistungsfähigkeit der eigenen Industrie wird der Maschinenbau genannt; es gebe keinen Grund, ihn zu unterschätzen (RMRB, 24.4.82).

-lou-

(14) Steigende Produktion trotz Streiks in Daqing

In Daqing, Chinas größtem Ölfeld, wurde das Produktionsziel für das erste Quartal des Jahres 1982 um 390.000 t übertroffen. Der Output stieg gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres um 3,9%. Der jährliche Output während der letzten sechs Jahre betrug 50 Mio.t. Nach einer Meldung der chinesischen Nachrichtenagentur steigt der Output gegenwärtig ständig an. Dies wird auf das Produktionsverantwortungssystem zurückgeführt, das seit Anfang dieses Jahres praktiziert werde (XNA, 2.4.82).

Nach einer Meldung von "1st August"-Radio führten ca. 1.400 Arbeiter und Angestellte in Daqing einen zehntägigen Streik durch. Grund dafür soll die Zurückhaltung von Boni gewesen sein (1st August Radio, 16.4.82, zit. nach SWB, 21.4.82).

-lou-

(15) China plant 300-MW-Reaktor nahe Shanghai

Nach Aussagen westlicher Experten sind die Vorbereitungen für den Bau eines 300-MW-Nuklearreaktors in der Nähe von Shanghai nun abgeschlossen. Der Reaktortyp hat etwa ein Drittel der Größe des kleinsten Reaktortyps, der gegenwärtig in westlichen Ländern gebaut wird. Für den geplanten Reaktor werden Zulieferungen aus dem Ausland benötigt; darunter könnte sich eine Hochdruckpumpe befinden sowie ein Druckbehälter, der den eigentlichen Reaktorkern umschließt. Wenn die USA nicht die Genehmigung zum Export dieser Reaktorteile gibt, werden sie wahrscheinlich in Westeuropa gekauft.

Die Volksrepublik, die ihre erste Atombombe in den frühen 1960er Jahren zündete, hat eine endgültige Entscheidung über die Entwicklung einer Nuklearindustrie noch nicht getroffen. Der Prototyp-Reaktor in der Nähe von Shanghai könnte ein erster Schritt auf dem Wege zur Entwicklung der Nuklearindustrie sein. Für die Provinz Guangdong sind zwei 900-MW-Hochdruckreaktoren vorgeschlagen worden, die die dringend benötigte Energie nach Guangzhou und andere Städte in Südchina sowie nach Hongkong liefern könnten. Die Entscheidung über diese Reaktoren wird aller Voraussicht nach jedoch nicht mehr in diesem Jahre fallen (FT, 17.4.82).

-lou-

(16) Große Vorräte an Metallen und nicht-metallischen Rohstoffen entdeckt

In der autonomen Region Guangxi wur-

de Chinas größtes Manganvorkommen mit sicheren Reserven von über 100 Mio.t entdeckt. Diese Reserven befinden sich in einem Gebiet von 40 qkm im Bezirk Daxin, im südwestlichen Teil von Guangxi. In dieser autonomen Region wurden sieben weitere Vorkommen entdeckt:

Art	Reserven (Mio.t)	Fundort
Pyrit	15	nördlicher Teil
Ilmenit	1,26	Tengxian (im Osten)
Flußspat	2,28	Yulin (im Südosten)
Flußspat	1,49	Ziyan (im Nordosten)
Kalkstein (mit 53-55% Kalziumoxid-gehalt)	270	Guixian (Zentralguangxi)
Schwerspat	5,1	Xiangzhou (Zentralguangxi)

(XNA, 27.4.82).

Schwerspat wurde auch in Fujian gefunden; die Reserven, die über 85% Bariumsulfat enthalten, werden auf 16 Mio.t geschätzt. Bariumsulfat wird bei der Prospektierung von Erdöl, bei der Papierherstellung, bei Farben und in der pharmazeutischen Industrie verwendet (XNA, 20.4.82).

In der Provinz Liaoning wurde 20 km von Benxi ein Eisenerzvorkommen entdeckt, das auf 150 Mio.t geschätzt wird. Das Erz mit einem hohen Eisengehalt wird zum Eisen- und Stahlkomplex von Benxi verschifft und dort verhüttet werden (XNA, 17.4.82).

-lou-

(17) 23.Sitzung des Ständigen Ausschusses des V.NVK

Die 23.Sitzung des Ständigen Ausschusses des V.Nationalen Volkskongresses fand vom 22.April bis 4.Mai 1982 in Beijing statt. Im Mittelpunkt der Sitzung standen die Beratung des Abänderungsentwurfs der Verfassung der Volksrepublik China sowie erneut Beschlüsse zur Strukturreform des Staatsrats. Zu den wichtigsten Entscheidungen der Sitzung zählten:

- Beschluß über die Veröffentlichung des Abänderungsentwurfs der Verfassung der Volksrepublik China;
- Beschluß über die Verwirklichung des Strukturreformplans für die Kommissionen und Ministerien des Staatsrats;
- Ernennung von zwei stellvertretenden Ministerpräsidenten und von zehn Staatsratskommissaren sowie Entlassung von elf stellvertretenden Ministerpräsidenten;
- Ernennung von zwei neuen Kommissionsvorsitzenden und 21 neuen Ministern sowie entsprechende Entlassungen;
- Verabschiedung des wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsplans für 1982;
- Verabschiedung des Staatshaushalts für 1982.

Da der Großteil der Beschlüsse der 23.Sitzung des Ständigen Ausschusses des V.NVK in den Berichtszeitraum Mai 1982 fällt, wird CHINA aktuell im Mai-Heft ausführlich über diese Sitzung berichten.

-sch-

(18) Entwurf einer neuen Verfassung vorgelegt

Der "Abänderungsentwurf der Verfassung der Volksrepublik China" wurde am 21.April 1982 auf der 3.Sitzung der Kommission des Nationalen Volkskongresses zur Abänderung der Verfassung (12.-21.4.1982) verabschiedet und an den Ständigen Ausschuß des V.NVK zur Veröffentlichung weitergeleitet (RMRB, 22.4.82). Eine Erläuterung des Verfassungsentwurfs gab der stellvertretende Kommissionsvorsitzende Peng Zhen am 22.April 1982 auf der 23.Sitzung des Ständigen Ausschusses des V.NVK (RMRB, 29.4.82; dtsh. in: BRu, 11.5.82, S.17-25). Im Anschluß an seine Beratungen des Abänderungsentwurfes beschloß der Ständige Ausschuß am 26.April, den Entwurf der neuen Verfassung zu veröffentlichen und landesweit auf allen Ebenen diskutieren zu lassen (RMRB, 27.4.82). Dem Beschluß zufolge sollen die Diskussionen des Verfassungsentwurfs bis Ende August d.J. abgeschlossen sein. Abänderungsvorschläge sollen der Kommission zur Abänderung der Verfassung bis Ende August zugeleitet werden. Auf der Grundlage dieser Vorschläge soll die Kommission erneute Abänderungen vornehmen und danach den endgültigen Verfassungsentwurf der 5.Tagung des V.NVK zur Beratung und Verabschiedung vorlegen.

Der "Abänderungsentwurf der Verfassung der Volksrepublik China" wurde am 28.April 1982 u.a. in der "Volkszeitung" veröffentlicht (Dtsch. in: BRu, 11.5.82, S.26-47). Der Verfassungsentwurf enthält neben der Präambel 140 Artikel und knüpft an die Tradition der Verfassung von 1954 an. Bedeutende Veränderungen gegenüber den Verfassungen von 1975 und 1978 sind:

- die Wiedereinführung des Amtes eines Vorsitzenden der Volksrepublik China (Staatspräsident);
- die Einrichtung der Zentralen Militärkommission als Führungsorgan der chinesischen Streitkräfte;
- Erweiterung der Befugnisse des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses;
- die Wiederherstellung der Gemeinde (xiang) als Verwaltungsebene mit Volkskongreß und Volksregierung als Organen der Staatsmacht (die Verwaltungsebene der Volkskommune und deren politische Organe werden damit abgeschafft, so daß die Volkskommunen in Zukunft nur noch den Charakter von kollektivwirtschaftlichen Organisationen haben werden);
- die Einrichtung eines Rechnungshofes zur Kontrolle der Finanzen der Regierungen aller Ebenen sowie der ihnen unterstehenden Finanzabteilungen, Unternehmen und Institutionen.

Eine ausführlichere Zusammenfassung und Analyse des neuen Verfassungsentwurfs wird CHINA aktuell im Zusammenhang mit den Berichten über die 23.Sitzung des Ständigen Ausschusses des V.NVK im Mai-Heft veröffentlichen.

-sch-

(19) Säuberung von Maoisten im Zusammenhang mit der Strukturreform

In einem Kommentar der "Volkszeitung" vom 21.April 1982 zur Auswahl von jüngeren Führungskadern im Zusammenhang mit der Strukturreform wurde erneut die Säuberung der politischen Führungsorgane von Anhängern der maoistischen Fraktion gefordert (siehe u.a. C.a., März 1982, S.127 (2.2.4.) und RMRB, 29.3.82, S.1. Vgl. die Übersicht "39 Millionen KPCh-Mitglieder" in diesem Heft). Darüber hinaus wurde verlangt, daß Gegner des politischen Kurses der Deng-Fraktion nicht zu Führungsaufgaben herangezogen werden dürften. Als Nachfolger für die jetzt zurücktretenden alten Kader müßten vielmehr fähige und politisch integre jüngere Funktionäre ausgewählt werden. Wichtigstes Auswahlkriterium sei das politische Verhalten während der Kulturrevolution und seit der 3.Plenartagung des XI.ZK (Dezember 1978), auf der der politische Kurs der Deng-Fraktion zur offiziellen Parteilinie erklärt worden war. Nur solche Kader dürften in Führungspositionen gelangen, deren politische Zuverlässigkeit sich in der Praxis eindeutig bewiesen habe und die darüber hinaus fachlich qualifiziert seien.

In Tianjin und in der Provinz Henan wurden bereits einige Funktionäre von ihren Posten entfernt, die während der Kulturrevolution Karriere gemacht und ihren promaoistischen Standpunkt seither nicht geändert hatten (siehe RMRB, 15./25./79.3.82; Radio Henan, 10.3.82, nach SWB, 19.3.82).

-sch-

(20) 39 Mio. KPCh-Mitglieder

Auf einer Konferenz der Organisationsabteilung des Zentralkomitees der KPCh über die Rekrutierung von Parteimitgliedern, die wahrscheinlich im März d.J. stattfand, wurde bekanntgegeben, daß die Zahl der KPCh-Mitglieder gegenwärtig mehr als 39 Mio. beträgt. Über 4,6 Mio. Personen seien seit dem Sturz der "Viererbande" im Oktober 1976 in die Partei aufgenommen worden, d.h. 12% der heutigen Mitgliederzahl (RMRB, 5.4.82). Die 4,6 Mio. neuen Parteimitglieder scheinen sich fast ausschließlich aus den Reihen des Kommunistischen Jugendverbands zu rekrutieren: Allein zwischen 1977 und 1980 wurden 3,2 Mio. Mitglieder des Kommunistischen Jugendverbands in die KPCh aufgenommen (XNA, 2.7.81).

Bereits Mitte 1981 hatte der Direktor der ZK-Organisationsabteilung, Song Renqiong, die KPCh-Mitgliederzahl auf 39 Mio. beziffert. Den Angaben von Song Renqiong zufolge sind davon nur etwas mehr als 10.000 bereits zwischen 1921 und 1937 der Partei beigetreten. Ca. 300.000 stammen aus der Zeit von 1937-1945, und etwa 7 Mio. traten zwischen 1946 und 1956 der KPCh bei. Diese etwas mehr als 7 Mio. Parteimitglieder werden heute als politisch am zuverlässigsten und damit als das eigentliche Rückgrat der Partei bezeichnet (RMRB, 30.6.81).

Während der Herrschaft der maoistischen Fraktion von 1967 bis 1976 sollen über 18 Mio. neue Parteimitglieder rekrutiert worden sein (GMRB, 21.4.79)

(KPCh-Mitgliederzahl 1965: 20 Mio., 1969: 21 Mio., 1977: 35 Mio.). Wieviele von ihnen heute noch den maoistischen Kräften zuzuordnen sind, ist unklar. In dem Bericht über die Konferenz zur Frage der Rekrutierung von Parteimitgliedern hieß es lediglich, daß ein Teil der Parteimitglieder den Ansprüchen nicht genügen würde. Der Bericht und der entsprechende Kommentar der "Volkszeitung" vom 5. April 1982 nannten sechs Gruppen von Personen, die keinesfalls in die Partei aufgenommen werden dürften:

1. Anhänger der maoistischen Ultralinken um die "Viererbande".
2. Personen, die in schwerwiegendem Maße Fraktionsbildung betrieben haben.
3. Gewalttätige Rotgardisten.
4. Gegner des seit der 3. Plenartagung des XI. ZK (Dezember 1978) gültigen politischen Kurses.
5. Verfechter einer "bürgerlichen Liberalisierung".
6. Personen, die ihren Partei- und Beamtenposten für die Verfolgung ihrer privaten Ziele einsetzen wollen.

Diese Aufzählung könnte gleichzeitig eine Liste der Personengruppen sein, die aus der Partei ausgeschlossen werden sollen - darüber jedoch machte der Bericht der "Volkszeitung" über die Konferenz der ZK-Organisationsabteilung keine Angaben.

-sch-

(21) Über 19 Mio. Kader

In einem Kommentar der "Volkszeitung" zur Verjüngung der Führungskader vom 2. April 1982 ist die Gesamtzahl der chinesischen Funktionäre (ganbu) mit über 19 Mio. angegeben worden. Das Theorie-Organ des ZK, die "Rote Fahne", hatte bereits am 1. März 1981 die Zahl der Kader auf insgesamt über 19,2 Mio. beziffert. (HQ, 1981, Nr. 5, S. 5)

Dem Kommentar der "Volkszeitung" vom 2. April 1982 zufolge sind 6,8 Mio. Funktionäre zwischen 36 und 45 Jahre alt, und 5,4 Mio. Kader gehören zur Gruppe der 46 bis 55jährigen. Vor allem die über 44jährigen verfügten über eine lange Erfahrung, und ihr grundlegender Charakter könne an ihrem Verhalten während der Kulturrevolution überprüft werden (sic!). Insgesamt sollen über 10.000 dieser jüngeren Kader für Führungsaufgaben rekrutiert werden und alte Führungskader ersetzen. Anfang 1981 gab es ca. 80.000 sog. Führungskader - hierzu werden höhere Beamte vom stellvertretenden Amts- oder Abteilungsleiter in allen lokalen Verwaltungseinheiten und höhere Offiziere vom stellvertretenden Divisionskommandeur an aufwärts gerechnet. (Siehe Gongren Ribao, 27.3.81, nach SWB, 31.3.81)

-sch-

(22) Ye Jianying kündigte Rücktritt an

Den Rücktritt von seinen politischen Führungsposten kündigte der 1. stellvertretende Parteivorsitzende und Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des V. NVK, Ye Jianying, während eines Gesprächs mit Auslandschinesen und aus Taiwan stammenden Bürgern am 30. April 1982 an. Der 85jährige Ye Jianying sagte, daß die Kommunistische

Partei Chinas über eine Reihe von alten Kadern verfüge, die über eine sehr lange revolutionäre Erfahrung zurückschauen könnten. Ihren Kampf hätten sie mit Herz und Seele für das Volk und die Revolution geführt und nicht etwa für eine Beamtenlaufbahn und persönlichen Reichtum. Aufgrund ihres Alters und ihrer Gesundheit sei es für diese alten Kader schwer geworden, höchste Führungsaufgaben wahrzunehmen. Glücklicherweise hätten sie nun alle darum gebeten, aus dem ersten Glied zurücktreten zu dürfen, und einer von ihnen sei er selbst. Nach ihrem Rücktritt könnten die alten Kader noch solche Aufgaben übernehmen, die sie von ihren Kräften her bewältigen könnten. Sie könnten z.B. ihre Erfahrungen zusammenfassen und ihre Erinnerungen niederschreiben. (DGB, 2.5.82)

-sch-

(23) Delegiertenwahlen zum XII. Nationalen Parteitags der KPCh in Anhui

Auf einer Tagung von Vertretern der Provinzorganisation der KPCh von Anhui am 22. April 1982 sind die Delegierten dieser Provinz zum XII. Nationalen Parteitag der KPCh gewählt worden. (Radio Anhui, 22.4.82, nach SWB, 28.4.82) Gleichzeitig wurde bekannt, daß Zhou Zijian zum amtierenden 1. Parteisekretär der Provinz Anhui ernannt worden ist. Zhou ersetzt in diesem Amt den früheren Finanzminister Zhang Jingfu, der von der Parteizentrale von seinem Posten in Anhui abberufen wurde.

-sch-

(24) Tagungen der Volkskongresse auf Provinzebene

Im März und April 1982 kamen folgende drei Volkskongresse auf Provinzebene zu ihrer 4. Tagung der V. Legislaturperiode zusammen:

- Provinz Hebei: 30.3.-3.4.1982.
- Autonomes Gebiet Innere Mongolei: 30.3.-6.4.1982.
- Provinz Jiangxi: 22.-29.3.1982.

Der IX. Volkskongreß der regierungsmittelbaren Stadt Tianjin trat vom 25. März bis zum 3. April 1982 zu seiner 3. Tagung zusammen.

-sch-

(25) Korrigendum zu Übersicht 6 in: C.a., März 1982

Bei der Textverarbeitung von Übersicht 6 im März-Heft von CHINA aktuell (S.116) ist es zu Beginn der Zeile 10 bedauerlicherweise zu einem sinnentstellenden Fehler gekommen. Der dort zitierte Titel des Artikels über die Strukturreform in der "Roten Fahne" (1982, Nr. 6, S. 2-5) lautet richtig: "Die Strukturreform ist eine Revolution" (Hervorhebung d. Verf.).

-sch-

VERTEIDIGUNG

(26) VBA-Verjüngung

Der personelle Umbesetzungsprozeß des chinesischen Offiziers- und Kommiss-

sarskorps, offiziell als Verjüngungsprozeß charakterisiert, hat sich seit Beginn dieses Jahres offensichtlich beschleunigt. So berichtet die RMRB vom 15. April 1982, daß allein in der Militärregion Beijing bis zum März 1300 "alte Kader" ausgeschieden seien. Mit ihrem Rückzug "hatten sie die übergeordneten Interessen der Revolution im Sinn... Dies hat das Tempo der Reduzierung des Durchschnittsalters der Führungsgruppen in den Einheiten beschleunigt". Die Umbesetzungen reichen bis auf die Armee- und Korps-ebenen hinauf. Die ausscheidenden Kader "betrachten die Pensionierung als Ehre und das Platzmachen für fähige Männer als ihre ureigenen Aufgaben". Ähnliche Berichte lassen sich aus dem Militärbezirk Zhejiang zitieren, wo "über 70 Divisionsebenen-Kader ihre Ämter ehrenhaft aufgegeben haben für Ruhe und Erholung". (SWB, 24.4.82)

Daß der Umbesetzungsprozeß mit weit weniger Begeisterung abläuft, als offiziell deklariert wird, läßt sich in den chinesischen Medien nur indirekt ablesen. Da heißt es u.a., daß die betroffenen Kader "Familientreffen veranstalteten, um mit der mangelnden Bereitschaft der Söhne, Töchter und anderer Familienangehörigen über das Ausscheiden aus dem Amt nachzudenken, fertigzuwerden, um ihnen die Bedeutung der Alterssenkung der Führungsgruppen zu erklären und um die falsche Idee auszumerzen, daß man 'vom Amt Nutzen, aber von der Pensionierung Schaden' hat". Es erscheint mehr als fraglich, ob das "Denken der Söhne, Töchter und anderen Familienangehörigen auf diese Weise (tatsächlich) erleuchtet wurde", so daß sich die Betroffenen "voller Glück in die dritte Linie zurückziehen" konnten.

Gerüchteweise heißt es, daß es angesichts des erzwungenen Ausscheidens alter Kader aus ihren Armeestellen in Shenyang zu elf Selbstmorden gekommen sei. (Radio 1.4., in SWB, 8.4.82) Auf jeden Fall scheint es Altersversorgungsprobleme zu geben. Darauf deutet auch ein weiteres Gerücht hin, wonach es innerhalb der VBA und auch unter arbeitslosen Jugendlichen zu Unmutsäußerungen über die großzügige Behandlung ehemaliger GMD-Offiziere gekommen sein soll, weil man "nicht so gut behandelt wird wie die Verbrecher". (Radio 1.4., in SWB, 8.4.82)

-ma-

WISSENSCHAFT * AUSBILDUNG

KUNST UND MEDIEN

(27) Hochschulaufnahmeprüfungen

In diesem Jahr werden 300.000 Studenten zum Hochschulstudium zugelassen, was einen Zuwachs von 12% im Vergleich zum Vorjahr ausmacht. Die Prüfungstermine wurden einheitlich für ganz China auf den 7.-9. Juli festgesetzt. Die Prüfungsbestimmungen stützen sich im wesentlichen auf die im vergangenen Jahr gemachten Erfahrungen. Grundsätzlich werden nur Abiturienten regulärer Mittelschulen oder Leute mit entsprechendem Bildungsstand zugelassen, sofern sie nicht älter als 25 Jahre, Sprachstudenten nicht älter als 23 Jahre sind. Studen-